



## Drei zarte Pflänzchen Hoffnung

Die Linken schöpfen Mut in drei Ländern Zentralamerikas

ALBRECHT KOSCHÜTZKE UND HAJO LANZ

Mai 2014

- Die jüngsten Wahlen in Costa Rica, El Salvador und Honduras erlauben Hoffnungen auf mehr soziale Gerechtigkeit und partizipative Demokratie, bedeuten aber noch keinen Linksruck in Zentralamerika. Sie sind vor allem Ergebnis eines zusehenden Prestigeverlusts der traditionell herrschenden rechten Parteien.
- Das Erstarken progressiver Kräfte wie PAC, *Frente Amplio*, *Libre* oder FMLN spiegelt den Umstand wider, dass die Wählerschaft jünger, kritischer, informierter und urbaner geworden ist. Es besiegelt das Ende des Zwei-Parteien-Systems in Costa Rica, wo die »mittig Etablierten« verlieren, und in Honduras, wo sich die beiden rechten Parteien erstmals einer progressiven Oppositionspartei gegenübersehen.
- Weniger erfreulich sind die Aussichten der progressiven Akteure in den anderen drei Ländern Zentralamerikas: In Panama wurde zwar eine Fortsetzung der Ära Martinelli verhindert, zugleich aber das Heft in die Hand einer konservativ-liberalen Regierung gegeben. Auch in Guatemala und Nicaragua ist kein politischer Stimmungsumschwung zu registrieren.

In den letzten fünf Monaten hat sich in Zentralamerika politisch viel getan: Honduras, El Salvador, Costa Rica und Panama haben neue Präsidenten und zum Teil neue Parlamente gewählt, wobei neue linke Parteien überraschende Wahlerfolge feierten. Ob damit die Chancen auf eine Politik gestiegen sind, die nicht mehr hauptsächlich von den ultrakonservativen oligarchischen Eliten bestimmt wird, lässt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Grund für vorsichtigen Optimismus mit Blick auf die Entwicklung der progressiven Kräfte besteht zumindest in Costa Rica, El Salvador und Honduras.

## Costa Rica erlebt das Ende des Zwei-Parteien-Systems

Eine derart ereignisreiche Wahl hat Costa Rica seit nahezu 100 Jahren nicht mehr erlebt. Auch damals hatte sich ein in die zweite Wahlrunde gelangter Präsidentschaftskandidat zurückgezogen. Für diese Überraschung sorgte nun der langjährige Bürgermeister San José, Johnny Araya, von der Nationalen Befreiungspartei PLN, einem Mitglied der Sozialistischen Internationalen (SI), und ebnete damit Luis Guillermo Solís, dem bis vor kurzem vielen Costa Ricaner\_innen noch unbekanntem Kandidaten der *Partido Acción Ciudadana* (PAC), den Weg ins Präsidentenamt. Erwartungsgemäß gewann er die Stichwahl am 6. April mit 80 Prozent der Stimmen.

Bereits während des Wahlkampfes zeugte die Stimmung im Lande vom Willen, einen Wechsel an der Spitze herbeizuführen. Die PLN hatte mit Laura Chinchilla und zuvor Óscar Arias die beiden letzten Regierungen gestellt, was nach den Grundfesten des costa-ricanischen Wahlverhaltens – »wider den *continuidad*« – allein Grund genug für einen Wechsel bot.

Überlagert wurde dies von einem zweiten Phänomen, das seinen Ursprung bereits in den Wahlen 2002 und 2006 mit dem Einzug zweier neuer linksorientierter Parteien ins Parlament nahm: dem Ende des Zwei-Parteien-Systems. Zuvor hatten sich die sozialdemokratisch-konservative PLN und die christsoziale PUSC seit Dekaden in schöner Regelmäßigkeit an der Regierung abgewechselt. Der stetig steigende Wählerzuspruch für die 2004 entstandene linke *Frente Amplio* (FA) sowie die mitte-links verortete PAC ließ den Machtwechsel bereits erahnen.

Viele Wähler\_innen schienen das Ausmaß des aus ihrer Sicht erforderlichen Wandels recht pragmatisch gesehen zu haben. Kein radikaler Wechsel – mit der FA –, sondern nur ein gemäßiger – mit der PAC – sollte es sein. Man könnte es die sanftere Variante des Neubeginns nennen. Als unbescholtener und stiller Geschichtspräsident hatte sich Solís über die universitären, politisierten Zirkel hinaus vielen Wähler\_innen als erfolgreicher Kompromisskandidat angeboten.

Das neu gewählte 57-köpfige Parlament zeichnet mit der Konsolidierung der beiden progressiven linken Parteien PAC und FA die Auffächerung des politischen Spektrums ebenfalls nach. So ist die *Frente* nun mit neun Abgeordneten drittstärkste Fraktion. Auch die PAC legte auf 14 Sitze zu, konnte die mit 18 Sitzen nach wie vor stärkste Fraktion der PLN jedoch nicht übertreffen. Die von Korruptionsskandalen ehemaliger Präsidenten gebeutelte PUSC legte immerhin um zwei auf nunmehr acht Sitze zu. Die Liberalen verloren sechs Sitze und verbleiben mit drei Sitzen im neuen Parlament. Die restlichen fünf Sitze gehen an mehr oder weniger christlich orientierte Kleinstparteien. PAC und *Frente* verfügen damit über keine gemeinsame Mehrheit, sondern sind von Fall zu Fall auf die Unterstützung anderer Fraktionen angewiesen – sofern sie denn selbst zusammenarbeiten.

Von einem Linksruck in Costa Rica lässt sich aufgrund dieser Wahlen nicht sprechen. Vielmehr zeichnet sich eine Abkehr von den traditionellen Parteien PLN und PUSC ab. Darin darf durchaus ein nachhaltiger Trend gesehen werden. Zwar steht die Bevölkerung Costa Ricas nicht unbedingt linker als vor den letzten Wahlen, jedoch sind die Wähler\_innen jünger, kritischer, informierter und urbaner geworden. Sie sind starke Verfechter\_innen ihres demokratischen Systems, ihrer sozialen Errungenschaften sowie ihres Strebens nach wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Aufstieg.

Aus den immer zahlreicheren Korruptionsfällen der PUSC- und PLN-Regierungen zog die Wählerschaft nun Konsequenzen. Die im lateinamerikanischen Vergleich in der letzten Dekade am stärksten gestiegene soziale Ungleichheit – zu großen Teilen verantwortet von der PLN – führte zur Abstrafung an der Wahlurne. Folglich beobachten wir in Costa Rica nicht den Machtverlust der Rechten, sondern vielmehr den der »mittig Etablierten«.

## Panama setzt auf Kontinuität wirtschaftlichen Erfolgs

In Panama leidet die größte Partei des Landes, das SI-Mitglied *Partido Revolucionario Democrático* (PRD), seit der unerwartet klaren Wahlniederlage von 2009 weiter unter Flügelkämpfen und parteiinternen Zerwürfnissen. Mit ihrem selbst in der eigenen Partei umstrittenen Kandidaten Navarro zitterte sie den Wahlen am 4. Mai entgegen. Ihre Parlamentsfraktion schrumpfte zuletzt auf 17 Sitze, nachdem neun Abgeordnete zur Regierung übergewechselt waren. Der personelle Aderlass in der PRD-Parlamentsfraktion ist Ausdruck fortwährender Auseinandersetzungen um politischen und wirtschaftlichen Einfluss und zudem Resultat der – auch finanziellen – Anziehungskraft eines bis dato dominanten, autokratisch regierenden Staatspräsidenten Martinelli.

Die gewerkschaftsfeindliche Haltung der Regierung Martinelli und seiner Partei *Cambio Democrático* (CD) sowie die Enttäuschung über das Fehlen einer klaren sozialpolitischen Programmatik der PRD begünstigten das Entstehen neuer politischer Interessenvertretungen, denen es jedoch an politischer Relevanz fehlt. Hierzu zählt auch die 2013 neu gegründete Partei *Frente Amplio por la Democracia* (FAD), die eng verwoben ist mit Gemaro López, dem einflussreichen Gewerkschaftsführer und Generalsekretär der größten und bedeutendsten Gewerkschaft CONUSI.

In den Monaten vor den Wahlen sah alles danach aus, als würde die Bevölkerung sich mehr am wirtschaftlich robusten Wachstum erfreuen, als sich am selbstherrlichen, zusehends autokratischen Politikstil zu stoßen. Ein Sieg des Martinelli-Zöglings José Domingo Arias (CD) galt als nahezu sicher, obgleich Navarro in den letzten Wochen überraschend Boden gutmachen konnte. Am Ende überraschte jedoch der in den Umfragen ewig Dritte – der aktuelle Vizepräsident und Unternehmer Juan Carlos Varela. Mit fast 40 Prozent der Stimmen verwies der Vorsitzende der *Partido Panameñista* die Kandidaten der CD (32 Prozent) und PRD (27 Prozent) auf die Plätze. Damit wurde zumindest eine Fortsetzung der Martinelli-Politik verhindert, das Heft jedoch in die Hand einer konservativ-liberalen Regierung gelegt. Dies verdeutlicht wohl am ehesten den Wunsch der Wähler\_innen nach politischem Wandel ohne allzu gravierende Änderungen.

## Nicaraguas *Frente Sandinista* verliert jegliche Glaubwürdigkeit

Mit der Rückkehr der *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) an die Macht begann im Februar 2007 in Nicaragua die so genannte »zweite Phase der Revolution«, in der das neue System der »christlichen, sozialistischen und solidarischen Regierung« Fuß zu fassen begann. Dies brachte verschiedene, aus rechtsstaatlicher Sicht äußerst umstrittene Handlungen mit sich, die mit der manipulierten Entscheidung des *Corte Suprema de Justicia* begann, den Artikel 147 der nicaraguanischen Verfassung für ungültig zu erklären, der bis dahin eine unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten untersagt hatte. Damit war der Weg frei für die Wiederwahl Ortegas im Jahr 2011 mit über 60 Prozent der Stimmen.

Ausgestatt mit dem politischen Selbstbewusstsein und der erforderlichen Mehrheit im Parlament, änderte die FSLN-Regierung Ende 2013 die Verfassung in insgesamt 51 Punkten, um das seit 2007 praktizierte Regierungsmodell *ex post* zu legitimieren. Ende Januar 2014 stimmten die Abgeordneten erwartungsgemäß mehrheitlich für diese Reformen. Präsident Ortega, der schon das Parlament, das oberste Gericht und die Wahlbehörde kontrolliert, sicherte sich damit weitere Machtbefugnisse. Insbesondere der neu gefasste Artikel 147 ruft starke Kritik hervor, da er die unbegrenzte Wiederwahl des Staatpräsidenten erlaubt. Zudem reicht für einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen nun die einfache Mehrheit. Gleichzeitig hat der Staatschef künftig das Recht, Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen, und Angehörige von Militär und Polizei dürfen öffentliche Ämter innehaben. Mit dieser Reform legitimiert und festigt Ortega nicht nur seinen autokratischen Regierungsstil, sondern ruft Erinnerungen an Zeiten wach, in denen Diktatoren im Land in ähnlicher Manier zu herrschen beliebten.

Das links-populistische SI-Mitglied FSLN ist unter Führung des ehemaligen Revolutionsführers Ortega aufgrund fehlender parteiinterner Demokratie mit kaderähnlichen Kommandostrukturen sowie einer autoritären und von Partikularinteressen korrumpierten Regierungsführung nicht gerade ein Modell für demokratische und transparente Regierungsführung. Dennoch tut sich die Opposition reichlich schwer, zumal Ortega durch seine Bildungsprogramme und seine mit venezolanischer Unterstützung ans Volk gebrachten Transfers immer noch eine breite Zustimmung genießt. Dem kleinen

*Movimiento de Renovación Sandinista* (MRS) – eine Abspaltung der FSLN – wurde hingegen der Parteienstatus aberkannt und nennenswerte zivilgesellschaftliche Gruppen, die ihren Willen zur Beeinflussung von politischer Gestaltung und Entscheidung geltend machen könnten, bestehen kaum.

## Honduras hat erstmals eine parlamentarische Opposition

Im November 2013 wurden in Honduras u. a. der Präsident, drei Vizepräsidenten, 128 Abgeordnete und die Bürgermeister\_innen in 298 Kommunen gewählt. Das Wahlergebnis macht Hoffnung auf demokratischere Verhältnisse.

Seit im Juni 2009 das Militär – getragen von einer breiten traditionellen Interessenallianz aus Politik, Wirtschaft, staatlichen Institutionen und Medien – den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya Rosales der *Partido Liberal* (PL) gewaltsam festnahm und außer Landes brachte, formierte sich die überaus breite, politisch bunte Anti-Putsch-Bewegung FNRP, aus der 2012 die Partei *Libre* hervorging. Zelaya, der im Mai 2011 zurückkehren konnte, ist Vorsitzender dieser Partei, während seine Frau, Xiomara Castro, als Präsidentschaftskandidatin antrat. *Libre* enttäuschte zwar die übertriebenen Hoffnungen seiner Anhänger\_innen auf einen Sieg, wurde aber aus dem Stand mit 28,8 Prozent (37 Abgeordnete) hinter der bisherigen Regierungspartei *Partido Nacional* und ihrem Kandidaten Juan Orlando Hernandez (36,7 Prozent, 48 Abgeordnete, vorher 73) zweitstärkste Partei. Damit wurde das bald 100-jährige Zwei-Parteien-System aus PN und der Liberalen Partei (mitte-rechts, 20,3 Prozent, 25 Abgeordnete) aufgebrochen.

*Libre* hat sich vorläufig als stärkste Opposition und zweitstärkste Kraft im Parlament etabliert, muss jetzt jedoch erst zu einer richtigen Partei heranwachsen. Selbst Zelaya – vom Ursprung her ein Liberaler – entdeckte sein progressives Profil erst nach dem Putsch und ist nun dabei, es zu schärfen. Das auf den »demokratischen Sozialismus« ausgerichtete Regierungsprogramm von *Libre* muss von der Partei aufgegriffen und in Politikvorschläge umgesetzt werden; auch die Organisationsstruktur ist zu konsolidieren. Als erfolgreiche Opposition aufzutreten, müssen die allermeisten Mitglieder erst noch lernen.

Die progressiven Kräfte haben mit *Libre* jedoch einen entscheidenden Bezugspunkt gewonnen. Als Kind einer sozialen Bewegung hat *Libre* in ihrem Programm unter anderem der Frauenbewegung, den (sexuellen) Minderheiten, der Ökologiebewegung sowie den Indigenen erheblichen Raum gewidmet. Die Demokratie in Honduras, die Parlamentsarbeit sowie der politische Diskurs des Landes könnten sich durch diese Partei verändern. Mit *Libre* könnte Raum für einen organisierten, progressiven politischen Diskurs entstehen, den auch andere progressive Kräfte nutzen würden.

## El Salvador bleibt gespalten und von der FMLN regiert

Bei den Präsidentenwahlen in El Salvador gewann im zweiten Wahlgang am 9. März der Kandidat der FMLN, Vizepräsident Salvador Sanchez Cerén, einer der letzten historischen Führer der Guerrilla aus den 1980er Jahren, mit denkbar knappen 6.364 Stimmen Vorsprung (0,22 Prozent bei knapp drei Millionen gültigen Stimmen) gegen den Kandidaten der rechten Partei ARENA, Norman Quijano, ehemaliger Bürgermeister von San Salvador.

Den ersten Wahlgang hatte Sanchez am 2. Februar mit fast 10 Prozent Vorsprung sensationell deutlich für sich entschieden und damit die absolute Mehrheit um lediglich 1,5 Prozent verfehlt. Quijano erreichte nur rund 39 Prozent und der dritte Kandidat, der ehemalige ARENA-Präsident Tony Saca von der Vier-Parteien-Koalition UNIDAD (»Die neue Rechte in El Salvador«), 11,44 Prozent.

Trotz der Friedensschlüsse ist El Salvador weiterhin klar in rechte und linke Blöcke gespalten. Die ökonomische Macht der Oligarchie wird von den Militärs gestützt und ist ungebrochen. Der Wahlkampf wurde daher mit erheblicher Schärfe, Polemik und demagogischen Tricks geführt. ARENA, Regierungspartei zwischen 1989 und 2009, betrachtete die vierjährige Regierungszeit der Linken als Unfall und Zumutung, da der Oligarchie das Land praktisch über 100 Jahre »gehörte«.

Der ehemalige ARENA-Präsident Saca verwies auf die Erfolge seiner Präsidentschaft und versuchte dabei zu umgehen, wie er sein Vermögen in dieser Zeit verachtzehnfachen konnte. Der Regierungskandidat argumentierte mit einigen Reformerefolgen der letzten drei Jahre im Ge-

sundheitswesen, der Sozialpolitik oder der Frauenpolitik und unterstrich die Notwendigkeit, begonnene Reformen zu vertiefen – offenbar mit Erfolg, da die Transfers und Sozialmaßnahmen der aktuellen Regierung in den ländlichen Regionen durchaus präsent waren.

Nachdem die einstigen Guerrilleros der FMLN das erste Mal im Jahr 2009 mit dem nicht zur Partei gehörenden Journalisten Mauricio Funes an die Regierung gekommen waren – dessen gemäßigte Politik auch innerhalb der FMLN Kritik provozierte –, bestimmt fortan ein tatsächlich linker und in der FMLN verwurzelter Präsident die Politik. Der knappe Sieg verpflichtet die Regierung, die von ihr geschürten Hoffnungen auf Fortsetzung der Reformen nicht zu enttäuschen. Neben den ökonomischen Herausforderungen und grundsätzlichen Strukturproblemen wird die größte Herausforderung die Eindämmung der Gewalt und der rechtsfreien Räume sein, die durch kriminelle Banden provoziert wurden.

## Guatemala hat Abgeordnete im Sonderangebot

Im Guatemala ist anders als in Honduras und El Salvador kein politischer Stimmungsumschwung zu registrieren, obwohl die Grundprobleme in Bezug auf die Marginalisierung der indigenen Bevölkerung sehr ähnlich und sogar noch dramatischer sind.

Fragmentierung und Volatilität der politischen Parteien im Parlament (158 Abgeordnete) schlagen sich derzeit in 15 Fraktionen nieder, die zum Teil nur aus einer Person bestehen. Zudem besitzen die Parteien als kurzfristig angelegte Wahlvereine nur eine geringe Lebensdauer. In den letzten zwanzig Jahren entstanden sechzig Parteien. Aktuell sind es über zwanzig, von denen aber nur sehr wenige ein politisches Projekt oder gar Programm aufweisen können.

Volatil sind daher auch die politischen Grundpositionen der Abgeordneten. Der »transfugismo«, das schranken- und prinzipienlose Wechseln von einer Partei zur nächsten – mitunter gar mehrfach in einer Legislatur –, belegt die geringe Bedeutung demokratischer Wahlen bzw. ihrer Ergebnisse. Über die Hälfte der aktuellen Parlamentarier\_innen haben in den letzten zwei Jahren ihre Partei gewechselt. Über Preise zwischen 100.000 und 250.000 Dollar pro Parlamentssitz wird öffentlich diskutiert. An-


gesichts dieser Praktiken ist das Wähler\_innenverhalten geradezu rational. Für eine warme Mahlzeit am Wahltag, den Gratistransport ins Wahllokal, ein T-Shirt mit dem Kandidaten und eine Tüte Lebensmittel verkauft man seine Stimme an den Meistbietenden.

Diese politische Kultur, die Medien- und Diskurshoheit der Oligarchie sowie ihre Machtpositionen in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft geben wenig Anlass zur Hoffnung, dass das Bemühen der ehemaligen Regierungspartei UNE, sich ein sozialdemokratisches Profil zu geben und eine Mitte-links-Partei zu werden, zu einem Machtwechsel in Guatemala führen könnte.

## Fazit

Während sich Nicaragua zu einem Ein-Parteien-Staat autoritärer Prägung entwickelt und in Guatemala kriminelle, politische und ökonomische Gewalt jeden Versuch erschweren, demokratische Kultur und fortschrittliche Politiken zu etablieren, erlauben die jüngsten Wahlen in Costa Rica, El Salvador und Honduras Hoffnungen auf mehr soziale Gerechtigkeit und partizipative Demokratie. Mit den beschriebenen Wahlergebnissen ist zwar kein Linksruck verbunden, doch die Oligarchie, die vor allem in El Salvador und Honduras das Land als ihr Privateigentum behandelte, muss lernen, die von vielen Wähler\_innen als Alternative zu Korruption, Ungerechtigkeit und Unfähigkeit der reaktionären Eliten begriffenen Gegenkräfte ernst zu nehmen.

Verantwortlich für die Verluste der Konservativen ist daher in erster Linie das eigene Versagen in Bezug auf Gewaltfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und minimale politische Moral. Ihre Unfähigkeit, Staat und Gesellschaft zu modernisieren, die größten Auswüchse der steigenden Ungleichheit zu bekämpfen, Konzepte für die gesellschaftliche Zukunft zu entwickeln und den Mittelschichten sowie der zum Teil besser ausgebildeten jungen Bevölkerung Perspektiven zu bieten, begründen den Prestigeverlust der traditionell herrschenden rechten Parteien. Die Bevölkerung erwartet viel und ist weniger passiv als frühere Generationen, auch wenn Mobilität, Kommunikation und bessere Bildung freilich im Konflikt stehen mit den konservativen ländlichen Traditionen, den Klientel- und Caudillo-Strukturen sowie dem Vordringen der reaktionären evangelikalen Kirchenunternehmen.



Ob die progressiven Kräfte die Hoffnungen erfüllen können, ist ungewiss. Große programmatische Debatten hat es nicht gegeben und eine neue politische Kultur zeichnet sich nicht unbedingt ab. Daher bleibt abzuwarten, ob PAC, *Frente Amplio*, *Libre* oder FMLN sich als Programmparteien etablieren werden, statt als traditionelle Wahlvereine, ob innerparteiliche Demokratie zur Praxis wird und nicht nur Versprechen bleibt und ob die Parteien ihren Diskurs schließlich in eine praktische Politik umset-

zen können. Prüfsteine werden die praktische Politik und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft sein, zur Arbeitswelt, gegenüber der Jugend, den Frauen, der indigenen Bevölkerung, der sozialen Gerechtigkeit sowie der Rechtsstaatlichkeit. Dies sind durchaus traditionelle Themen für linke Parteien. Bereits die nächsten Monate werden zeigen, wo Fortschritte zu vermelden sind und wo die Hoffnungen übertrieben waren. Die Mühen der Ebene progressiver Politik werden gerade erst vermessen.



## Über die Autoren

**Albrecht Koschützke** ist Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in El Salvador, Honduras und Guatemala mit Sitz in San Salvador (El Salvador).

**Hajo Lanz** ist Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Costa Rica, Panama und Nicaragua mit Sitz in San José (Costa Rica).

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik  
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253  
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:  
[info-lak@fes.de](mailto:info-lak@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-881-3